**Abwägungstabelle zur
Öffentlichen Auslegung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
im Zeitraum vom 20.07. – 28.08.2020
zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Münstergasse“**

1 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit

Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

2 Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

Anregungen, Hinweise und Bedenken	Abwägungsvorschlag
<p>A LWL-Archäologie Westfalen für NRW</p> <p><u>Stellungnahme vom 18.08.2020:</u></p> <p>... „hinsichtlich des Objektes Münsterstraße 37 erging am 15.07.2019 eine Stellungnahme an Spital-Frenking + Schwarz Architekten/Stadtplaner/BDA, deren Inhalt sich auch auf das nun ausgewiesene, größere Planungsgebiet vollumfänglich übertragen lässt. Demnach tangiert dieses Areal eine Fläche von archäologischem Belang, hier konkret einen Bereich, welcher dem vormaligen Verlauf der Stadtbefestigung zuzurechnen ist.</p> <p>Bereits vor 1271 scheint Lüdinghausen eine Befestigung besessen zu haben: nach einer vom Bischof von Münster erfolgreich geführten Fehde gegen die herren von Lüdinghausen legte der Friedensvertrag vom 11. Dezember dieses Jahres eine Entfestigung des Ortes und der Burg Wolfsberg fest. Die Nennung der „Entfestigung“ wäre ohne das entsprechende Vorhandensein einer solchen Anlage überflüssig zu erwähnen. Offensichtlich bestand diese Befestigung zum damaligen Zeitpunkt aus einer zweckdienlichen Wall-Graben-Anlage. Eine entsprechende Verfüllung des Grabens, zumindest legt dies eine</p>	<p>Zu A</p> <p><u>Zur Stellungnahme vom 18.08.2020:</u></p> <p>Bei der 3. Änderung dieses Bebauungsplanes handelt es sich um einen Angebots-/Rahmenbebauungsplan. Die Umsetzung des Vorhabens wird durch den Rahmen der getroffenen Festsetzungen grundsätzlich ermöglicht. Erhebliche Bedenken zu den getroffenen Festsetzungen oder den daraus potenziellen entstehenden Bauvorhaben werden mit Stellungnahme vom LWL-Archäologie Westfalen für NRW nicht vorgebracht.</p> <p>Die aufgeworfenen Fragestellungen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu beantworten und unter Beteiligung der unteren Denkmalbehörde und der Fachbehörde des LWLs zu prüfen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen, Hinweise und Bedenken	Abwägungsvorschlag
<p>spätere Urkunde aus dem Jahr 1289 nahe, scheint auch tatsächlich stattgefunden zu haben.</p> <p>In der Stadtrechtsprivilegierung von 1309 wird aber bereits wieder eine neue Befestigung Lüdinghausens, deren Errichtung offenbar im Zuge der gehäuft auftretende feindlichen Übergriffe Ende des 13. Bzw. Anfang des 14. Jahrhunderts notwendig wurde, vermerkt. Offensichtlich bestand auch sie aus einer Wall-Graben-Anlage. In den frühen 1310er Jahren werden auch erstmals Münster- und Mühlentor erwähnt. 1314 wird schließlich explizit ein „graven, de umme de stad ghent zu Ludinchusen“ genannt. Das Münstertor sicherte dabei den städtischen Zugangsbereich gegen die von Münster kommende Hauptverkehrsachse ab. Es wurden im Rahmen von mindestens zwei Stadtbränden stark in Mitleidenschaft gezogen, jedoch immer wieder neu errichtet. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurde es endgültig abgerissen.</p> <p>Innerhalb des ausgewiesenen Plangebietes ist daher grundsätzlich mit untertägig erhaltener Denkmalsubstanz in Zusammenhang mit der historischen Stadtbefestigung zu rechnen. Es ist jedoch unklar, ob diese ausschließlich teile der späteren Phase ab ca. 1300 umfasst oder auch die ältere, bislang in ihrem Verlauf noch nicht sicher zu lokalisierende Phase betreffend. Gleichwohl unwahrscheinlich kann außerdem nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich im Planungsgebiet untertägig Reste einer oder mehrerer Bauphase(n) des Münstertores erhalten hat / haben. Wie bereits im Jahr 2019 im Zusammenhang mit dem Objekt Münsterstraße 37 liegen auch für das neu ausgewiesenen Planungsgebiet, welches das genannte Objekt ebenfalls umfasst, keine Detailpläne zur beabsichtigten (Bau-)Maßnahme vor. Hinsichtlich der Notwendigkeit einer archäologischen Dokumentationsmaßnahme im Zuge der Beseitigung der o.g. Objekte können gegenwärtig keine Detailaussagen getroffen werden, da die Unterlagen lediglich die betroffene Örtlichkeit und das grundsätzliche beabsichtigte Vorhaben definieren, jedoch für eine dezidierte Beurteilung notwendige und vor allem wesentliche Informationen fehlen. Dies betrifft vor allem:</p> <ol style="list-style-type: none">1.) Die Frage nach vorhandener Unterkellerung der zur Beseitigung vorgesehenen Baustruktur	

Anregungen, Hinweise und Bedenken	Abwägungsvorschlag
<p>2.) Die (u.a. damit verbundene) Frage nach dem grundsätzlichen Vorgehen und den projektierten Bodeneingriffen / Abbrüchen ab Erreichen der Bodengleiche sowie eine detaillierte Ausweisung derjenigen Bereiche, welche von derartigen Bodeneingriffen / Abbrüchen betroffen sind.</p> <p>3.) Alternativ die Frage nach einer evtl. bereits vorhandenen Bodenplatte (und ob diese beim Abbruch der Bebauung bestehen bleibt); falls diese entfernt werden sollte vgl. Punkt 2</p> <p>4.) Bestehende Planungen hinsichtlich der Neubebauung mit daraus eindeutig hervorgehenden projektierten Eingriffstiefen.</p> <p>Daher kann seitens der Mittelalter- und Neuzeitarchäologie gegenwärtig nur allgemein zum Vorgang Stellung genommen werden. Grundsätzlich ist aber bereits jetzt und auf Basis des Gesagten festzuhalten, dass sämtliche in Verbindung mit der Umsetzung der Planungen verbundenen Bodeneingriffe und (falls notwendig) Abbrüche ab ebenerdigem Niveau im Zuge der Maßnahme eine durchgängige archäologische Begleitung erfordern. Zu Detailabsprachen hinsichtlich der Vorgehensweise hält die LWL-Archäologie für Westfalen einen Ortstermin mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf und auf Basis der abgeschlossenen Detailplanung mit vorgesehenen Bodeneingriffstiefe vor Beginn der mit der Projektumsetzung verbundenen Arbeiten für erforderlich [...]. Im Rahmen dessen kann auch festgelegt werden, ob die archäologische Begleitung der in Verbindung mit den Baumaßnahmen stehenden Bodeneingriffe von der LWL-Archäologie für Westfalen oder einer archäologischen Fachfirma durchgeführt werden wird. Tendenziell ist dabei von Letzterem auszugehen.</p> <p>Grundsätzlich gilt: In jedem Fall ist für die Dokumentation der durch die Maßnahme in ihrem Bestand gefährdeten Bodendenkmäler ein entsprechendes Zeitfenster einzuräumen. Gemäß § 29 DSchG NRW sind die Kosten der archäologischen Untersuchung im Rahmen der beabsichtigten Maßnahmen durch den Verursacher zu tragen.</p> <p>Diese Stellungnahme umfasst dabei nicht eventuell vorgetragene belange bzw. Bedenken seitens der LWL-Baudenkmalpflege.“...</p>	

Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ohne Anregungen oder Bedenken:

- 1&1 Versatel Deutschland GmbH, Schreiben vom 21.07.2020
- Kreis Coesfeld, Schreiben vom 19.08.2020
- Kreispolizeibehörde Coesfeld, Schreiben vom 14.08.2020
- Handwerkskammer Münster, Schreiben vom 24.08.2020
- IHK Nord Westfalen, Schreiben vom 19.08.2020
- Amprion GmbH, Schreiben vom 23.07.2020
- PLEdoc GmbH, Schreiben vom 13.08.2020
- Thyssengas GmbH, Schreiben vom 23.07.2020
- Westnetz GmbH, Schreiben vom 20.07.2020
- Gelsenwasser Energienetze GmbH, Schreiben vom 27.07.2020
- Vodafone Kabel Deutschland, Schreiben vom 22.07.2020